

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 13. Sitzung vom 1. Juli 2024 gefasst worden sind:

1. Bei einem absoluten Mehr von 24 Stimmen wird Frau Andrea Alaye (Stufenkonferenz Primar/Kindergarten) und Frau Rachel Häusler (Stufenkonferenz SEK I) mit 41 respektive 46 Stimmen als Mitglieder des Erziehungsrates für den Rest der Amtsperiode 2021-2024 gewählt.
2. Vom Rücktritt von Beat Sulzberger als Ersatzmitglied der Rechtspflegekommission für die Justizverwaltung per 31. Dezember 2024 wird Kenntnis genommen.
3. Die 9er- Spezialkommission 2024/8 betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die finanzielle Entlastung von Familien mit einem Kind mit besonderen Bedürfnissen beim Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung («Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen») setzt sich wie folgt zusammen: Herbert Hirsiger (Erstgewählter), Markus Müller, Samuel Erb, Urs Wohlgemuth, Raphaël Rohner, Linda De Ventura, Isabelle Lüthi, Roland Müller und Regula Salathé.
4. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 25. Juni 2024 betreffend Schaffung einer Ombudsstelle wird einer 9er-Spezialkommission zur Vorberatung überwiesen.
5. Die Spezialkommission 2024/6 «Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen (Baugesetz) (ADS 24-35) und Schaffung des Energiegesetzes (ADS 24-35)» meldet das Geschäft verhandlungsbereit.
6. Die Spezialkommission 2023/5 «Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern vom 17. Juni 1968 (2. Lesung)» meldet das Geschäft verhandlungsbereit.
7. Das Geschäft «Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EG FAP)» wird in 1. und 2. Lesung weiterberaten. In der Schlussabstimmung wird dem Gesetz mit 55 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt. Bei 55 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 44 Stimmen erreicht. Das Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum.
8. Das Geschäft «Umsetzung der Postulate im Personalbereich (Prüfung einer zukunftsgerichteten und konkurrenzfähigen Besoldung) (ADS 23-160, Anhang 3) wird beraten. In der Schlussabstimmung wird dem Beschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Projektfinanzierung zur Erstellung eines neuen Lohnsystems für die Lehrpersonen der Primar- und Sekundarstufe I und II inklusive Berufsbildung und Tertiärstufe (2024–2028) mit 55 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt.

9. Die SPK 2024/4 «Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerks beim Polizei- und Sicherheitszentrum» meldet das Geschäft verhandlungsbereit. In der Schlussabstimmung wird dem Beschluss betreffend Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerkes beim Polizei- und Sicherheitszentrum mit 46 : 0 Stimmen (6 Enthaltungen) zugestimmt. Der Kreditbeschluss untersteht dem obligatorischen Referendum. In diesem Zusammenhang wird zudem die Volksmotion Nr. 2023/1 von Christoph Kubli, Anja Schudel, Raffael Gerster, Mauro Zecchetto, Michael Deiss, Guy Sur-beck und Matthias Wegmann vom 27. April 2023 mit dem Titel «Für ein zukunftsfähiges Polizei- und Sicherheitszentrum» mit 52 : 0 Stimmen (0 Enthaltung) abgeschrieben.
10. Das Geschäft «Änderung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Erhöhung der Familienzulagen in der Landwirtschaft)» wird in 1. und 2. Lesung beraten. In der Schlussabstimmung wird dem Gesetz über die Familien- und Sozialzulagen (FSG) mit 55 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt. Bei 55 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 44 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. In der Schlussabstimmung wird weiter dem Arbeitslosenhilfegesetz (AHG) mit 53 : 0 Stimmen (2 Enthaltungen) zugestimmt. Bei 55 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 44 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht ebenfalls dem fakultativen Referendum. In diesem Zusammenhang wird zudem die Motion Nr. 2022/1 von Hansueli Graf vom 4. Januar 2022 betreffend «Familienzulagen in der Landwirtschaft» mit 50 : 0 Stimmen (0 Enthaltung) abgeschrieben.
11. Das Geschäft «Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. November 2023 betreffend Erhöhung des Ortsverkehrsbeitrages und Bereitstellung finanzieller Mittel für touristische Ausflugsverkehre» wird mit 46 : 8 Stimmen (2 Enthaltungen) zurück an die Spezialkommission 2024/11 gewiesen.